

Hamburger Ursichten

EXTRA

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg
zum Ostermarsch 2022



Gegen Krieg und Hochrüstung! Für Abrüstung und Verständigung zwischen den Völkern!

"Die Waffen nieder!", überall. Das ist die Losung der Kommunistinnen und Kommunisten. Es gibt Konflikte in der Welt. Ja. Sie müssen durch Verhandlungen gelöst werden, bei denen die Interessen aller Seiten berücksichtigt werden.

Als Kommunistinnen und Kommunisten wissen wir, dass Krieg das Fürchterlichste ist, was Menschen sich antun können. Wenn nur die Kapitalisten und ihre Repräsentanten sich gegenseitig an die Gurgel gingen, könnte uns das ziemlich egal sein. Tatsächlich halten sie sich selbst aber bei kriegerischen Auseinandersetzungen heraus und verdienen Milliardensummen am Krieg. Die Börsenkurse der deutschen Rüstungsunternehmen boomen.

Die Leidtragenden sind die einfachen Menschen, die als Soldaten aufeinandergehetzt werden, im Bombenhagel sterben oder – wenn sie „Glück“ haben – nur die Kosten des Krieges zu tragen haben. Wir setzen uns ein für die Verteidigung des Friedens, die Verständigung und die Solidarität unter den Menschen, die die Gewalt und die Konsequenzen des Krieges erleiden.

Heraus zum Ostermarsch!
Ostermontag,
18. April 2022,
Auftakt 13 Uhr
Reeperbahn
(U-Bahn St. Pauli)
Abschluss 15 Uhr
Fischmarkt

Deshalb verurteilt die DKP Hamburg die Verletzung der Grundsätze des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen, wie sie von Seiten der russischen Regierung mit ihrem Angriffskrieg gegen die Ukraine vollzogen wurde. Dieser Krieg hätte nicht begonnen werden dürfen und muss sofort beendet werden!

Wer jetzt die Ukraine mit Waffen vollstopft, verlängert den Krieg und die Leiden der Menschen dort. Wer jetzt die Rüstung hochtreibt, verschärft die Spannungen und riskiert einen großen Krieg, vielleicht sogar einen Weltkrieg. Schon jetzt geben die NATO-Staaten zwanzigmal soviel für die Rüstung aus wie Russland.

Nun sollen allein in Deutschland noch einmal 100 Milliarden Euro in einem Sondervermögen und jährlich 20 bis 30 Milliarden Euro im ordentlichen Haushalt für die Rüstung hinzukommen. Glaubt jemand, dass das die Spannungen in der Welt verringert?

Was wir brauchen sind kontrollierte Abrüstungsschritte, Rückzug von Truppen und Raketen von den Grenzen und Verhandlungen über eine europäische Sicherheitsordnung, die die Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten berücksichtigt.

Die DKP war, ist und bleibt Antikriegs- und Friedenspartei, deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

- **Das Aufrüstungsprogramm und die Kriegspolitik der Bundesregierung muss gestoppt werden.**
- **Kein Sondervermögen für die Rüstung, keine Grundgesetzänderung.**
- **Keine Erhöhung, sondern Kürzung des Rüstungsetats, Abrüstung statt Aufrüstung.**
- **Stopp der Sanktionspolitik gegenüber Russland und den Volksrepubliken des Donbass.**
- **Keine Waffenlieferungen an die Ukraine.**
- **Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung des Kiewer Regimes.**
- **Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.**
- **Die NATO-Osterweiterung muss rückgängig gemacht werden.**
- **NATO raus aus Deutschland – Deutschland raus aus der NATO.**

Engergiepreisstopp jetzt!

Um mehr als 7 Prozent sind im letzten Monat die Preise gestiegen. Damit ist die Kaufkraft unserer Einkommen so stark gesunken wie seit 40 Jahren nicht. Zusätzlich sind für viele Menschen die Einkünfte auch noch gesunken. Den größten Anteil an den Preissteigerungen haben die Energiepreise, der Sprit an der Tankstelle, die Kosten für Heizung und Warmwasser in der Wohnung. Ein durchschnittlicher Haushalt muss mit Mehrkosten von rund 2.000 Euro im Jahr rechnen.

Absolute Verarmung nimmt zu

Haushalte von Niedrig- und Normalverdienern sind ungleich stärker von der Preissteigerung belastet als Reiche, weil ihre finanziellen Spielräume sehr viel kleiner sind. Verschärfend kommen die Lohneinbußen hinzu, von denen fast ein Drittel aller Geringverdiener- und fast die Hälfte der Normalverdienerhaushalte im letzten Jahr betroffen waren. Die Ergebnisse der letzten Tarifaueinandersetzungen sind in diesem Zusammenhang eindeutig: Die vereinbarten Lohnerhöhungen werden die durch die steigenden Verbraucherpreise verursachten realen Lohn- und Rentenverluste nicht verhindern.

Wer trägt die Verantwortung?

Die Ursachen für steigende Energiepreise sind vielfältig. Aber die Liberalisierungspolitik der letzten Bundesregierungen hat entscheidend dazu beigetragen. Profitiert hat von dieser Politik weder die Bevölkerung noch die Umwelt. Profitiert haben hingegen die Energiekonzerne sowie die Banken und Finanzunternehmen, für die sich neue Investitionsquellen mit Rekordprofiten aufgetan haben. Auch die neue Bundesregierung zeigt keinerlei Initiative, die Bevölkerung vor der Energiepreisexplosion zu schützen.

Gesetzlicher Energiepreisstopp notwendig

Die Bundesregierung hat offenbar erkannt, dass die Energiepreisexplosion auch sozialen Sprengstoff enthält, und hat ein "Entlastungspaket" angekündigt. Danach sollen Erwerbstätige eine Einmalzahlung von 300 Euro erhalten, bei Familien zusätzlich 100 Euro pro Kind. Die Bedürftigsten, nämlich Empfänger von Transferleistungen wie Hartz-IV, sollen nur 100 Euro bekommen und Rentnerinnen und Rentner gar nichts. Bei den Treibstoffen soll die Energiesteuer für ein Vierteljahr um 30 Cent beim Benzin und 14 Cent beim Diesel gesenkt werden. Ob das auch zur Senkung der Treibstoffpreise führt oder von den Konzernen in ihre Profite eingepreist wird, wird sich zeigen.



Das ist natürlich viel zu wenig. Die Belastung der Haushalte ist weit höher und das nicht nur für einen Monat, sondern laufend.

Die DKP stellt demgegenüber die Forderung nach einem sofortigen gesetzlichen Energiepreisstopp. Was zum Beispiel in Frankreich möglich ist, muss auch bei uns möglich sein. Es ist höchste Zeit, dass der Widerstand gegen diese Verarmungspolitik auf die Straße kommt.

Dazu will die DKP mit ihrer Kampagne für einen Energiepreisstopp beitragen. Im Rahmen der Kampagne wird sie auf der Straße und online Unterschriften unter folgende Forderungen sammeln:

- Für einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise
- Für das Verbot von Strom- und Gassperren
- Für einen Energiezuschlag für Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen
- Für die Beendigung der Subventionierung von Energiekonzernen
- Energiekonzerne gehören in die Öffentliche Hand
- Ja zur Millionärssteuer, Nein zur unsozialen CO2-Steuer

Hier online unterschreiben:

<https://www.openpetition.de/petition/online/gesetzlicher-energiepreisstopp-jetzt>

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei, Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Telefon (040) 480 49 00

www.hamburg.dkp.de oder www.dkp.de  hamburg@dkp.de

 [dkphamburg](https://www.facebook.com/dkphamburg)

V.i.S.d.P.: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg